

**Verfassungsbeschwerden ohne Begründung nicht an**

Der Beschwerdeführer wurde vom [Amtsgericht](#) zu einer Geldbuße von 40 Euro wegen verbotswidrigen Benutzens eines Mobiltelefons als Führer eines Kraftfahrzeugs verurteilt. Er hatte während einer Fahrstunde einer Fahrschülerin, die das [Fahrzeug](#) lenkte, als Fahrlehrer ein Mobiltelefon benutzt. Das Oberlandesgericht verwarf seinen Antrag auf Zulassung der Rechtsbeschwerde. Durch die obergerichtliche Rechtsprechung sei bereits geklärt, dass ein Fahrlehrer bei Fahrten zur Vorbereitung oder Ablegung der Prüfung als [verantwortlicher](#) Führer des Fahrzeugs gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern gelte und daher den gleichen straßenverkehrsrechtlichen Ge- und Verboten wie der das [Fahrzeug](#) steuernde Fahrschüler unterliege. Die 2. Kammer des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts hat die dagegen eingelegte [Verfassungsbeschwerde](#) ohne Begründung nicht zur Entscheidung angenommen.

Beschluss vom 2. Juni 2009 – [2 BvR 901/09](#) – PM 81/09